

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 11

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

DIE REALE EXPO.99

Meinungsumfragen haben ergeben, dass eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine Landesausstellung wünsche, diese aber nicht mit Steuerfranken bezahlen wolle. Man kann sich fragen, was dieses Stimmungsbild reflektiert. Da real noch nichts vorhanden ist, wozu man sich heute schon eine Meinung bilden kann, spiegeln die Aussagen vor allem das wider, was die Medien in reicher Fülle über einen unglücklich verlaufenen Planungsprozess erzählen und wie sie über das künftige Schicksal des Projekts spekulieren. Natürlich steckt dahinter auch ein kaum artikuliertes emotionales Bedürfnis nach einer spektakulären Manifestation, die Festtradition und anschauliche Demonstration von gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen verbindet. Es müsste ein Erlebnis für jeden einzelnen in der Gemeinschaft sein, so interessant, attraktiv, schön und unterhaltend, dass man sich daran einige Jahre erinnern könnte. Dafür würde man wohl auch den Preis einer normalen Ferienwoche bezahlen.

Es gibt aber auch viele Argumente, die gegen ein solches Unternehmen vorgebracht werden: Wissen und Unterhaltung seien im Überfluss verfügbar, das Konzept einer stationären Ausstellung im Zeitalter elektronischer Virtualität nicht mehr zeitgemäß, die Investitionen in eine nur kurzfristig nutzbare Infrastruktur nicht nachhaltig. Niemand habe eine Expo in all den vergangenen Jahren vermisst, auch nicht nach dem gescheiterten Versuch vor zehn Jahren. Und dennoch: Weshalb soll nicht jede Generation einmal etwas Besonderes wagen, sich zu einer ausserordentlichen Leistung aufraffen? So ist sie denn beschlossen worden, die Expo.01.

Ob die Ausstellung wirklich stattfindet – ein Jahr später –, darüber soll hier nicht spekuliert werden. Die Expo hat jedenfalls in den Köpfen bereits dieses Jahr begonnen und sie dauert schon länger als ein halbes Jahr. Blickt man in die Medien und in die politische Szenerie, beschäftigt sie uns derzeit mit einer Intensität, die man dem realisierten Projekt dageinst

nur wünschen kann. Es geht nicht in erster Linie um verzögerte Termine, überbordende Budgets und überforderte Organisatoren. Das sind zwar treffliche Sujets für Schlagzeilen und Talk Shows. Aber Fehlleistungen und Krisen gehören zu den normalen Risiken von Grossprojekten, die gewissermassen aus dem Boden gestampft werden müssen.

Die massgeblichen Fragen, die sich im Verlauf dieses Schauspiels «Expo.99» herausgeschält haben, sind diejenigen nach der Verantwortung für einen Auftrag dieses Kalibers und nach dem Verständnis des Zusammenspiels von Politik, Wirtschaft und Kultur. Die Art und Weise, wie der Bund einen Auftrag erteilt und einen begrenzten Beitrag beschlossen hatte, wie an den wirtschaftlichen Impulsen interessierte Kantone und Gemeinden ein grossflächiges Rahmenkonzept definierten, wie die kulturelle Phantasie des ganzen Landes aufgerufen wurde, Ideen für Ausstellungsprojekte zu liefern, wie die Organisation grösstenteils mandatsweise privaten Büros übertragen wurde und wie schliesslich die Wirtschaft eingeladen wurde, die Umsetzung der künstlerischen Projekte als Sponsoren zu finanzieren, verrät einen eklatanten Mangel an Professionalität im Umgang mit Grossprojekten und den damit verbundenen Risiken. Niemand trägt letztlich die Gesamtverantwortung, was nun, da über Durchführung, Verschiebung oder Abbruch und über die Übernahme von Defiziten entschieden werden muss, zu einem unwürdigen Schwarzpeter-Spiel führt, dessen Ausgang noch nicht absehbar ist.

Das ist der eine, betrübliche Aspekt der Expo.99. Der andere, erfreuliche, liegt darin, dass die Idee Expo trotz allem Gestalt angenommen hat, noch nebulös zwar, aber doch so phantasianregend, dass weiterum Erwartungen und Anteilnahme geweckt wurden. Auch das ist in diesem turbulenten Sommertheater sichtbar geworden. Sie nicht zu enttäuschen, verlangt einen Kraftakt aller Beteiligten und – vor allem seitens der politischen Auftraggeber – den Mut, die Verantwortung wahrzunehmen.♦

FRIEDEN UM JEDEN PREIS

Die Halbjahresbilanz des algerischen Ministerpräsidenten Bouteflika

In Algerien gab es wohl in diesem Jahr das grösste politische Medienereignis, als am 13. April, genau zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen, sechs der sieben Präsidentschaftsanwärter ihre Kandidatur zurückzogen. Was war geschehen? Wie kam es zu der undemokratischen Wahl des einzigen Kandidaten und jetzigen Präsidenten *Abdelaziz Bouteflika*?

Vom 11. bis 13. April hatten sich fünf Präsidentschaftskandidaten¹ und der Vertreter eines sechsten, die sich neben dem von der Militärspitze favorisierten *Abdelaziz Bouteflika* um das Regierungsamt beworben hatten, in einem Vorort von Algier zu einer politischen Strategiediskussion zusammengefunden. Der «Paukenschlag» am Ende dieses Meetings bestand darin, dass sie überraschend ihre Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen zurückzogen. Als Hauptgrund wurde der amtierenden Militärregierung systematische Vorbereitung zum Wahlbetrug vorgeworfen. In den algerischen Medien wurde diese Entscheidung der politisch führenden Köpfe des Landes als eine neuerliche Bankrotterklärung des gesamten politischen Systems herausgestellt und von der Öffentlichkeit so auch wahrgenommen. Das Ausland sah darin ein Zeichen für die Fortschreibung von Gewalt und Anarchie, ja womöglich den Beginn eines offenen Bürgerkrieges. Unabhängig vom Rückzug als Präsidentschaftskandidaten erklärten die sechs Politiker nahezu einstimmig, dass sie das Wahlergebnis, das heißt den zu erwartenden Sieg des dem Militär und der FIS / «Islamischen Heilsfront» nicht unangenehmen Kandidaten *Bouteflika*, nicht akzeptieren wollten. Natürlich sah auch die westlich orientierte starke Oberschicht der Städte und Industriegebiete des Landes im Scheitern der Wahl und dem Wahlboykott der Präsidentschaftswahl durch die politisch führenden Köpfe eine neuerliche Flut der Gewalt auf das Land zukommen. Die gebildeten Kreise Algeriens erkannten in diesen Vorgängen ein abgekartetes Spiel um den Erhalt und die Fortschreibung der Macht der bisherigen Entscheidungsträger.

Gespaltene Innenpolitik

Interessant war in diesem Zusammenhang mit dem Wahldebakel einmal, dass die sechs zurückgetretenen Präsidentschaftskandidaten zwar vor und während der Wahl immer wieder gemeinsame Erklärungen ab-

gegeben haben, ein gemeinsames öffentliches Statement, eine umfassende öffentliche Presseerklärung oder Medienkampagne mit klaren politischen Aussagen jedoch tunlichst unterliessen. Bereits dieses Verhalten spiegelte die innere Gespaltenheit der politischen Führer des Landes, ein Zeichen dafür, dass sie schon vor der Wahl innerlich gespalten waren und sich nach der Wahl direkt bemühten, unter Umständen von der Siegergruppe² instrumentalisiert zu werden.

Ein Musterbeispiel für diese Art innenpolitischer Schaukelpolitik lieferte der Islamist und frühere Bildungsminister unter *Zeroual, Taleb Ibrahimi* – ein Scheinkandidat für das höchste Staatsamt par excellence. Er moderierte einerseits vor der Wahl zeitlich gut abgestimmt die Pressekampagne gegen *Bouteflika*, gleichzeitig strich er aber schon bei der Wahl und gleich danach die Segel und wechselte mehr und mehr deutlich auf den Kurs des noch wenige Tage zuvor angeprangerten neuen Regierungschefs über.

Nicht nur zynisch eingestellte Bürger und Wähler, sondern auch kritische ausländische Beobachter werden bemerkt haben, dass die sieben Kandidaten mit dem uncharismatischen *Bouteflika* an der Spitze, der aber immerhin einmal algerischer Aussenminister unter *Boumediene* gewesen war, mehr oder weniger eine Crew handverlesener Entscheidungsträger der Regierung *Zerouals*, der «Islamischen Heilsfront» / FIS oder des Militärs waren³. Bei genauem Hinsehen kann man noch leicht die politische Ranghöhe und die jeweiligen Stufen der Macht aller Kandidaten erkennen, die sie vor dem Wahlgetöse innerhalb des alten Machtapparats inne gehabt hatten. Eine halbherzige und unorganisierte Demonstration, die am 16. April von den algerischen Sozialisten, genau ein Tag nach der Wahlfarce ausgerufen worden war, wurde verboten und fiel im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser⁴.

Perspektiven nach der Wahl

Mit Sicherheit können wir nach Ablauf der ersten fünf Monate nach der «Wahl» *Bouteflikas* zum algerischen Präsidenten davon ausgehen, dass die dunkle Zeit der Massaker (1993–1998) noch nicht endgültig gebannt ist.

Allein nach den ersten Fühlungsnahmen Präsident *Bouteflikas* zu König *Mohammed VI.*, dem Sohn und

Thronfolger des verstorbenen König *Hassan II.* von Marokko, kam es neben vielen anderen Terroranschlägen zum bisher folgenschwersten Massaker seit der Präsidentenwahl, das 29 Menschenleben kostete. Da sich die Terroristen angeblich über die Grenze nach Marokko absetzen konnten, gilt die Intention des Anschlags wohl am ehesten der gewaltsamen Störung einer weiteren Verbesserung staatlicher Beziehungen zwischen Algerien und Marokko. Wobei Marokko, unabhängig von diesem Anschlag, inzwischen wieder die jahrelang geschlossene Grenze nach Algerien geöffnet hat. Das neue Regime, das recht undemokatisch an die Macht kam, versucht – bisher mit wenig Erfolg – eine Versöhnungspolitik. Folgende Ereignisse sind seit der Machtübernahme vom 15. April 1999 aus europäischer Sicht von Bedeutung:

- Die Massaker in den von Berbern bewohnten Landesteilen an der algerisch-marokkanischen Grenze, der sogenannten Kabylei, haben während und nach der Wahl zugenommen, eine Wende zum Besseren ist aber trotzdem spürbar.
- Kommunale Sicherheitskräfte – eine Art Dorfschutz – konnten wie bisher wenig gegen die Terrorgruppen unternehmen, die noch immer ganze Landstriche bedrohen.
- Der Terror in den Städten und Industriezentren hat merklich nachgelassen.
- Am 6. Juni 1999 erklärte der militärische Flügel der «Islamischen Heilsfront» / FIS, die «Islamische Salvation Army» / AIS, dass sie den bewaffneten Kampf beenden werde und sich der Staatsgewalt unterzuordnen gedenke.
- In einem Interview in der letzten Juniwoche, das der algerische Präsident am Rande des Wirtschaftsforums in Crans-Montana dem Sender «France-3» gab, drohte *Bouteflika* zum wiederholten Mal nach seinem politischen Sieg, dass «wenn (ihm/Sp) das Volk nicht folge», er «nach Hause gehe». Folgen soll ihm das Volk in der Amnestiefrage, das heißt in seinem Referendum, nach dem er seit dem 5. Juli 1999 (dem algerischen Unabhängigkeitstag) tausende islamischer Fundamentalisten begnadigt hatte.
- Als flankierende Massnahmen gegen Gewalt, aber auch als Kampf gegen die Korruption, hat Präsident *Bouteflika* Mitte August 22 von seinen insgesamt 47 Präfekten im Land entlassen.
- Schliesslich hat der Präsident, nach Besuchen des französischen Innenminister *Jean-Pierre Chevènement* und des Aussenministers *Védrine* Ende Juli 1999, den französischen Präsidenten *Chirac* nach Algerien eingeladen. Ein Staatsbesuch von Seiten Frankreichs steht auf dieser Basis wohl in diesem Jahr noch an. Gerade mit dem letzten Schritt wer-

den die lange gestörten und sehr sensiblen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine neue, richtungsweisende Grundlage gestellt.

In letzter Konsequenz geht es dem neuen Präsidenten mit dieser weitreichenden Amnestie darum, den militanten Moslems, welche die Waffen niedergelegen gedenken, eine Rückkehr in geordnete staatliche Machtstrukturen zu ermöglichen und damit den bürgerkriegsartigen Zustand zu beenden.

Unabhängig von dieser neuen Entwicklung und dem bereits in Crans-Montana verkündeten neuen Weg zum inneren Frieden stehen führende Kreise der algerischen Bevölkerung den Plänen *Bouteflikas* gespalten gegenüber. Vor allem Angehörige der Opfer von Massakern – und der Opfer sind es nach offiziellen Regierungsangaben mehr als 100 000 – haben sich gegen eine generelle Amnestie ausgesprochen. *Bouteflika* musste nicht zuletzt deshalb in Crans-Montana, auf neutralem Schweizer Boden sozusagen, hervorheben, dass seine Amnestie nicht für die militärtanten Moslems, die systematisch gemordet, geplündert und vergewaltigt haben, gelten dürfe. «Das Volk wird letztlich urteilen», sagte der Präsident zuletzt in seinem Schweizer Konferenzort. Der Volksentscheid vom 16. September 1999 hat mit grosser Mehrheit der jüngst eingeleiteten Versöhnungspolitik Präsident *Bouteflikas* freie Bahn gegeben. Hoffen wir deshalb, dass das algerische Volk zur weiteren Umsetzung der Versöhnungspolitik in der Lage ist und nicht nur einer neuen präsidialen Gallionsfigur huldigt, hinter der sich die korrupten Entscheidungsträger des alten Systems verbergen. ♦

STEFAN WERNER DIETER SPANIK ist 1940 in Mannheim geboren. 1979 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und von 1980 bis 1989 gleichzeitig Berater für verkehrspolitische und technische Entwicklungen in Indonesien. 1989 bis heute Lehrer und Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

¹ Die Präsidentschaftsbewerber waren neben zwei unbedeutenden: Ahmed Taleb Ibrahimi (Islamist und Aussenminister unter der Regierung L. Zeroual), Scheich Abdallah Djaballah (Islamist), Hocine Ait Ahmed (Führer der Sozialisten) und Mouloud Hamrouche (früherer Premierminister und Reformist) sowie der Favorit Abdellaz Bouteflika.

² Zum Siegerklan darf man im nachhinein das Militär, die FIS und natürlich den Premierminister A. Bouteflika rechnen.

³ Zwei der Kandidaten, der ehemalige Bildungsminister T. Ibrahimi und der Reformist M. Hamrouche, gaben wenige Tage nach der Präsidentenwahl Bouteflikas trotz ihrer Bewerbung um das höchste Staatsamt zu, nicht das Präsidentenamt angestrebt zu haben. So laut Interviews in der Zeitung «El Watan» vom 17., 23. und 30. April 1999.

⁴ Zufällig gab es in den Nachmittags- und Abendstunden des 16. April 1999 solch heftige Gewitterregen über Algier, dass man ausser Polizeifahrzeugen keine Demonstranten auf den Strassen der Stadt sehen konnte.